Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., die teljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im gemeinsch. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4004.

Nr. 73. Halle, Sonntag den 13. Februar 1921. Einzelpreis 30 Pfg.

Briands Sieg.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Die Kammer hat dem Kabinett Briands mit 387 gegen 125 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Zu den Gegnern gehören aus unterschiedlichen Gründen die äußerste Rechte und die äußerste Linke. Ein Sturz Briands hätte wahrscheinlich den Weg für Poincaré freigemacht. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Mehrheit dieser Kammer bis in die Wolle nationalistisch gefärbt ist. Sie wird also keine Regierung dulden, die nach Clemenceaus Wort, den Frieden nicht für eine Fortsetzung des Sieges mit anderen Mitteln hält. Einer der Abgeordneten, der in diesen Verhandlungen zum Worte gelangte, ein Südfranzose, hat den Ausspruch geprägt, daß es notwendig sei, den deutschen Geist zu entwaffnen. Er hat dafür das untaugliche Mittel der Besetzung des Ruhrgebietes empfohlen. Wir finden, daß die Entwaffnung des französischen Geistes ebenso notwendig ist, wenn tatsächlich und endlich zwischen Deutschland und Frankreich eine Verständigung erzielt werden soll. Daß sie notwendig ist, ist unbestritten. Daß sie möglich ist, ist ernsthaft nicht zu widerlegen. Aber wir reden einstweilen noch hoffnungslos aneinander vorbei, weil jeder Teil bei dem anderen Hintergedanken voraussetzt. Diese Hintergedanken gilt es zu packen und abzuwürgen.

Das wird schwer sein und Zeit fordern. Einstweilen beschäftigen sich die Franzosen nur mit der Wiedergutmachung. Sie sind scheinbar überzeugt, daß alle französischen Ansprüche sich erfüllen lassen, wenn nur die Verbündeten fest bleiben. Dies „Festbleiben" ist nicht anders zu verstehen, als daß der Verband entschlossen ist, alle Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland durchzuführen. Briand selbst sagt, das Schicksal Deutschlands liege in den Händen der Verbündeten. Wir wollen die Berechtigung dieses Ausspruchs nicht prüfen, meinen aber, daß es sich nicht nur um das Schicksal Deutschlands, sondern um das Europa handelt. Immer wieder hören wir vom anderen Ufer, daß Deutschland bisher nichts getan habe, um die Wiedergutmachungsfrage zu regeln. Ist das Gedächtnis der Franzosen schlecht oder glauben sie, daß es das der Zeitgenossen sei. Die Wiedergutmachungsfrage wäre längst erledigt, die wirtschaftliche Gesundung Europas erheblich größer, wenn der Verband in Versailles nicht so halsstarrig und unversöhnlich gewesen wäre. Es ist immer etwas mißliches, die internationale Politik mit dem Amt des Sittenrichters zu vermischen. Das wurde in Versailles versucht. Deshalb wurde das deutsche Angebot, die Entschädigung auf 100 Milliarden Goldmark zu bemessen, einfach abgelehnt. Wäre dieses Angebot angenommen, wäre damit auch über das Verbleiben Oberschlesiens beim Reich entschieden worden, so hätte Frankreich keine Ursache, über die Böswilligkeit Deutschlands zu klagen. Inzwischen hat die deutsche Wirtschaft an Kraft nicht gewonnen. Auch das ist eine Folge der Versailler Politik, ebenso der finanzielle Verfall Frankreichs. Was in Paris ausgeklügelt worden ist, ist für den Verband nur ein kostspieliges Zwangsbeitreibungsverfahren, bei dem der Erfolg im umgekehrten Verhältnis zur verwendeten oder verzeudeten Energie steht. Wir haben uns bereit erklärt, an den Verhandlungen in London teilzunehmen. Wir setzen voraus, daß wir nicht vollendeten Tatsachen gegenüber gestellt werden, daß der Verband unsere Vorschläge prüft, die darum besser sind als die der Verbündeten, weil sie sich auf Tatsachen und Ziffern gründen.

Der Aufmarsch der Parteien zu den preußischen Landtagswahlen.

Zu den Preußischen Landtagswahlen sind folgende Landeswahlvorschläge eingereicht worden: 1. Deutsche demokratische Partei, an deren Spitze bekanntlich der bisherige Landtagsabgeordnete Oberbürgermeister Dominicus-Berlin steht, 2. Zentrumspartei, 3. Deutsche Volkspartei, 4. Deutschnationale Volkspartei, die an die Spitze bezeichnender Weise einen Vertreter der äußersten Rechten und des widerlichsten Antisemitismus, den Schriftleiter der „Deutschen Tageszeitung" gestellt hat, ferner die Vorschläge der drei sozialistischen Parteien, wobei es bemerkenswert ist, daß die mehrheitssozialistische Liste als Spitzenkandidaten den vielangegriffenen siedlungsfeindlichen Landwirtschaftsminister Braun führt. Zu diesen sieben großen Parteien treten Listen der Polen in Ostpreußen, der Welfen in Hannover und der christlichen Volkspartei im Rheinland. Einzelne Gruppen der christlichen Volkspartei, die zum mindesten die Autonomie der Rheinlande erstreben, wollten mit Rücksicht auf die Pariser Beschlüsse von einer Wahlbeteiligung Abstand nehmen, sie scheinen jedoch mit ihrer Anschauung nicht durchgedrungen zu sein. Eine eigentümliche Liste ist in Kreuznach aufgestellt worden. An ihrer Spitze steht ein Händler Otto Witte, an zweiter Stelle seine Ehefrau. Welche Ziele diese Familiengründung verfolgt, ist unbekannt. Als zwölfte Partei ist die Partei der Terrainspekulanten und Großhausbesitzer aufgetreten, die unter der falschen Flagge Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes segelt. 12 Parteien, welche an Stelle der 17., die für den Reichstag um die Gunst der Wähler warben, für Preußen auftreten, sind immer noch zu viel. Nach der historischen Entwicklung müssen wir uns damit abfinden, daß neben den vier sogen. „bürgerlichen" Parteien mindestens zwei sozialistische Parteien bestehen werden, wieviel Schwierigkeiten das auch für eine Regierungsbildung ergeben mag. Bekämpft muß aber werden, daß Parteisplitterchen eine Existenzberechtigung haben. Selbst wenn eine der kleineren Parteien ein halbes Dutzend Abgeordnete durchbringen würde, hätte diese Partei keine Fraktionsstärke. Ihre Abgeordneten könnten an den Ausschußsitzungen nicht teilnehmen und würden ohne Einfluß auf die Gesetzgebung bleiben. Es sei denn, daß sie schöne Reden als praktische Arbeit ansehen. Daraus folgt auch wie unsinnig die Gründung wirtschaftlicher Parteien ist; die wirtschaftlichen Einzelinteressen der Berufe werden von den politischen Parteien am besten gewahrt, wenn sich ihre Mitglieder aktiv am politischen Leben beteiligen und infolge ihrer politischen Tätigkeit an aussichtsreichen Stellen auf den Listen der politischen Parteien stehen.

Die polnischen Truppenansammlungen.

Nach den Vorstellungen, die die deutsche Regierung in London, Paris, Rom und Warschau wegen der starken polnischen Truppenansammlungen an der Ostgrenze des Reiches erhoben hatte, ist die Tatsache dieser Truppenansammlungen von polnischer und französischer Seite bestritten oder auf Demobilisationsmaßnahmen zurückgeführt worden. Von zuständiger Stelle wird hierzu mitgeteilt, daß der deutschen Regierung nunmehr eingehende, sorgfältig geprüfte Nachrichten über die Höhe der Truppenstärken im westlichen polnischen Grenzgebiet vorliegen. Danach befinden sich zur Zeit, nachdem neuerdings noch weitere Antransporte erfolgt sind, von Truppen der ersten Linie an der deutsch-polnischen Grenze:

An der Südgrenze Ostpreußens (im Raume Lomsha—Mlawa—Ostrolenka) die 4. Division in Stärke von 14 000 Mann, in Westpreußen (im Raume Graudenz—Thorn—Bromberg) die 16. Division und die sogenannte „sibirische" Brigade in Stärke von 20 000 Mann, in der ehemaligen Provinz Posen (im Raume Hohensalza—Posen—Lissa—Ostrowo) die 14., 15. und 17. Division sowie zwei Reservebrigaden in Stärke von 54 000 Mann, längs der oberschlesischen Grenze (im Raume Czenstochau—Neu-Sandes—Krakau) die 6., 21. und Podhalanski-Division in Stärke von rund 42 000 Mann. Dazu kommen in Reservestellungen die 11. Division im Raume von Lodz und die 22. u. 1. Legionär-Division im Raume von Warschau, ebenfalls in Stärke von 42 000 Mann. Diese Truppen stellen also allein schon eine Gesamtstärke von 172 000 Mann dar.

Dazu kommen noch die Truppen der zweiten Linie, die allein an der oberschlesischen Grenze (im Raume Czenstochau—Sosnowice) einschließlich der 3 Grenzbrigaden und der irregulären Truppe der Polska Organizasja Rojskowa (P. O. R.) eine Stärke von 25 000 Mann aufweisen. Das Gesamtaufgebot der an der deutsch-polnischen Grenze versammelten Truppen beträgt über 212 200 Mann.

An der litauischen Front befinden sich zurzeit nur 70 000 und an der russischen Front nur 126 000 Mann. Daraus folgt, daß mehr als die Hälfte der gesamten Formationen gegenwärtig nicht an der Nordost- und Ostgrenze Polens, sondern an der Grenze des mit Polen im Frieden befindlichen Deutschen Reiches steht.

Die Erklärungen des polnischen Ministers des Äußern, daß die Truppenverlegungen nur dem Ziele der Demobilisation dienten, lassen sich mit den Tatsachen nicht vereinbaren, daß bisher nur die ältesten Jahrgänge und die Studierenden entlassen worden sind. Die übrigen Jahrgänge sind teilweise mit Ausrüstung und Bewaffnung spurlos beurlaubt worden. Neueinziehungen dieser beurlaubten Mannschaften sind wiederholt gemeldet worden. Die gesetzliche Frondienstpflicht beträgt zurzeit in Polen nur zwei Jahre, statt dessen werden aber jetzt mindestens 5 Jahrgänge unter Waffen belassen, die genügen, um die Armee auf Kriegsstärke zu erhalten.

Weiter sind einige bisher noch nicht unter den Waffen stehende Offiziers-Jahresklassen neu einberufen worden. Eine Auflösung der Truppen der zweiten Linie hat bisher noch nicht stattgefunden. Auch sind nur kriegsunbrauchbare Pferde und Fahrzeuge verkauft, kriegsbrauchbare dafür neu eingestellt worden. In einer ganzen Reihe von Fällen ist festgestellt worden, daß Regimenter, welche sich zurzeit in den westlichen Grenzgebieten Polens befinden, auf voller Kriegsstärke belassen worden sind, und daß sogar ihre Ersatzformationen in voller Stärke weiterbestehen.

Endlich befindet sich ein Teil der im deutsch-polnischen Grenzgebiet stehenden Formationen tatsächlich nicht in seinen Heimatgarnisonen.

Daraus ergibt sich, daß von einer Demobilisation des polnischen Heeres bisher nicht die Rede sein kann. Die deutsche Regierung hat sich daher veranlaßt gesehen, wegen der vorstehend geschilderten Tatsachen erneut bei den eingangs erwähnten Regierungen vorstellig zu werden.

Der Mißbrauch der „kleinen Anfragen"

Die Flut der kleinen Anfragen steigt täglich höher; Unabhängige, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei wetteifern, wer von ihnen die Regierung mit ihnen am meisten belästigt. Bezeichnend für die Art, mit der vorgegangen wird, sind zwei Anfragen der Deutschnationalen. Die Anfrage Nr. 638 geht davon aus, daß in der Provinz Sachsen die Landwirtschaft durch Felddiebstähle große Verluste gehabt hat, der in manchen Kreisen auf 10 Prozent eingeschätzt wird. Die Unterzeichner wollen nun wissen, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um im kommenden Erntejahr die Landwirtschaft vor derartigen Verlusten zu schützen. Die Unterzeichner wissen natürlich, daß die Reichsregierung mit dem Schutz der Landwirtschaft in der Provinz Sachsen gar nichts zu tun hat, daß das Sache Preußens ist. Wozu also die Anfrage? Noch charakteristischer ist die Anfrage Nr. 641. Sie betrifft den berüchtigten Korsann, gegen den ein Strafverfahren wegen versuchter Nötigung und Aufreizung zum Klassenkampf eingeleitet sei, daß aber die Interalliierte Kommission die Sache vor ein von ihr eingesetztes Sondergericht gezogen habe. Die Reichsregierung wird nun angefragt, was sie zu tun gedenke, daß Korsann der verdienten gesetzlichen Strafe nicht entgehe. Auch hier wissen die deutschnationalen Unterzeichner ganz genau, daß die Reichsregierung gegenüber der Interalliierten Kommission in Oberschlesien machtlos ist und höchstens Vorstellungen erheben kann. Auch diese Anfrage ist nur aus irgend welchen agitatorischen Gründen gestellt. Es ist höchste Zeit, daß Vorkehrungen getroffen werden, daß die segensreiche Einrichtung der kleinen Anfragen, die richtig gehandhabt, längere Diskussionen im Plenum ersparen kann, nicht in ihr Gegenteil verkehrt wird.

Eine vertrauliche Note der bayrischen Regierung.

Die endgültige Antwort der bayrischen Regierung an die Reichsregierung ist heute morgen in Berlin eingetroffen und wird heute mittag vom bayrischen Gesandten überreicht. Entgegen der ursprünglichen Absicht wünscht die bayrische Regierung, daß die Note als vertraulich behandelt und der Oeffentlichkeit nicht zur Kenntnis gebracht wird. Man glaubt, hier annehmen zu dürfen, daß sich die Reichsregierung dieser Auffassung anschließen wird. — In einem Teil der Oeffentlichkeit und der Presse schien irrtümlich angenommen zu werden, daß die Antwort der bayrischen Regierung an die Reichsregierung schon mit der gestrigen bayrischen Erklärung erschöpft sei. Dieser Irrtum war bayrischerseits vielleicht nicht so ganz unbeabsichtigt. Die bayrische Regierung beharrt auf ihrem Standpunkt, daß die Pariser Forderungen einschließlich der Einwohnerwehren einheitlich zu behandeln seien, extemnt aber auch in der Entwaffnungsfrage das Recht der Reichsregierung zu gesetzmäßigen Anordnungen an, der jedoch innerpolitische Folgen sie jedoch die Verantwortung ablehnt.

Laurent über das deutsche Wirtschaftsleben.

Der französische Botschafter in Berlin, Charles Laurent, der sich augenblicklich in Paris aufhält, erklärte einem Mitarbeiter des „Excelsior", es lasse sich nicht leugnen, daß der Handel und die Industrie Deutschlands große Anstrengungen machten, um sich auf dem Weltmarkt einen bevorzugten Platz zu erobern. Es sei nicht zweifelhaft, daß die Wiederaufbaupläne verwirklicht worden seien, da alle Kräfte des Reiches sich in den Dienst der Nation gestellt hätten. Die Deutschen litten nicht unter Kohlenmangel (!), sie besäßen so viel Kohlen, wie sie brauchten, und wenn sie klagten, daß es ihnen daran fehle, so täuschten sie sich. Die Deutschen übertrieben auch den Umfang der Transportkrisis. Seiner Ansicht nach gehe die Politik in Deutschland seit einiger Zeit stark nach rechts.

Loucheur über die Ausfuhrtaxe.

Nach einer Meldung der „B. Z. am Mittag" aus Paris erklärte der Wiederaufbauminister Loucheur einem Vertreter der „Associated Preß" u. a.: Es stand niemals in Frage, Deutschland auf eine Ausfuhrtaxe von 12 Prozent zu verpflichten. Man hat die Jahresleistungen in zwei Teile geteilt, der eine ist ein Minimum, das festgesetzt wurde und vielleicht sogar niedriger ist als das, was die amerikanischen Sachverständigen während der Friedenskonferenz in Aussicht genommen hatten. Der zweite Teil ist die sogenannte veränderliche Jahresleistung. Um sie zu kalkulieren, wird am Ende jedes Halbjahres von der Gesamtsumme der deutschen Ausfuhr 12 Prozent berechnet. Es handelt sich also lediglich um ein Kalkulationsmittel für eine Jahresleistung, die sich der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands anpaßt.

Die vorläufige Arbeitslosenversicherung.

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, wird dort zurzeit der Entwurf des Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung vorbereitet. Bekanntlich hatte die Reichsregierung im vorigen Jahre dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung vorgelegt. Die ungünstige Entwicklung, die der Arbeitsmarkt seit dem Sommer vorigen Jahres genommen hat, hat dann aber Anlaß dazu gegeben, diesen Entwurf zunächst zurückzustellen, weil die strengversicherungsmäßigen Grundsätze, nach denen der Entwurf aufgestellt war, mit dem unberechenbaren Risiko der Arbeitslosigkeit und mit der Art ihrer örtlichen Verteilung bis auf weiteres nicht vereinbar erschienen. Der Reichsarbeitsminister hat sich dann von der Reichsregierung ermächtigen lassen, einen neuen Entwurf auszuarbeiten, der den ganz ungewissen Bedingungen der Uebergangszeit gemäß nur eine vorläufige Regelung bringen soll. Der Entwurf wird von den Grundsätzen der Arbeitslosenversicherung alles das zu verwirklichen suchen, was sich mit diesen besonderen Bedingungen verträgt, und wird insbesondere die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu tätiger Mitverantwortung heranzuziehen suchen. In seinem organisatorischen Aufbau wird er sich eng an den Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes anschließen. Es ist zu hoffen, daß der Entwurf schon im März ds. Js. mit den Reichsressorts, den Ländern und Interessenten erörtert werden kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210213019/fragment/page=0001

Auflösung der Bremer Stadtwehr.

Zu Beginn der Freitag-Sitzung der bremischen Bürgerschaft gab der Präsident eine Erklärung ab, in der er im Namen der bürgerlichen Parteien einschließlich der Mehrheitssozialisten schärfsten Protest gegen die Ententeforderungen erhob. Die Erklärung wurde von den Mitgliedern der Bürgerschaft mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten stehend angehört. Die beiden letzteren Parteien stimmten dieser Erklärung nicht zu, sondern nahmen für sich gesondert im Sinne ihrer politischen Betätigung gehaltene Erklärungen an. Nach der Verlesung dieser Erklärungen gab der Präsident eine Mitteilung des Senats bekannt, wonach der Reichskommissar für die Entwaffnung für Bremen angeordnet hat, daß auch der Rest der ablieferungspflichtigen Waffen, der bisher noch mit seiner Zustimmung im Gewahrsam der Stadtwehr verblieben war, bis Ende dieses Monats abgeliefert wird. Der Senat hat Anordnung gegeben, daß diese Anordnung termingemäß durchgeführt wird. Weiter hat der Senat im Einverständnis mit dem Reichsminister des Innern zum Ende dieses Monats die Aufhebung der einzigen im Realgymnasium befindlichen Stadtwehrwache verfügt und wird ferner die Angehörigen der Stadtwehr zum gleichen Termin entlassen, soweit nicht die Abwickelung der Geschäfte noch über den 1. März hinaus die Zurückbehaltung einer ganz geringen Anzahl von Personen nötig macht.

Die polnisch-russischen Friedensverhandlungen.

Nach neuesten französischen Meldungen ist die Nachricht von der Unterzeichnung des polnisch-russischen Friedensvertrages verfrüht gewesen. Darauf deutet auch folgende Auslassung Stoklows in den „Iswestija" hin, die durch den Moskauer Funkdienst verbreitet wird: Die in den Rigaer Friedensverhandlungen wieder eingetretene Verzögerung ist lediglich die Schuld der polnischen Regierung. Diese will der wirtschaftlichen Lage Sowjetrußlands nicht nur keine Rechnung tragen, sondern tritt mit immer neuen Ansprüchen hervor. Die polnische Regierung begründet ihren Anteil am russischen Goldschatz mit 85 Millionen Goldrubel, während die Sowjetregierung nur ein Anrecht auf 30 Millionen zugesteht. Die russische Regierung machte den Vorschlag, diese Summe in Waren und Konzessionen zu zahlen, worauf die polnischen Delegierten auch eingingen. Nun plötzlich erhebt Polen die Forderung nach einer Auszahlung in Gold. Das jetzige Verhalten der polnischen Regierung ist auf Kulissenarbeit der Ententediplomatie zurückzuführen. Sowjetrußland wünscht den Frieden, aber es wird keinem Druck nachgeben, der von außen kommt. Sowjetrußland will die Gewißheit haben, daß es, wenn es mit den polnischen Delegierten verhandelt, auch tatsächlich mit den Vertretern Polens verhandelt und nicht mit den Vertretern der Interessen Frankreichs.

Deutsches Reich.

Die Hetze der Linken gegen das Reichswehrministerium. Zu dem Rüstzeug der Linken gegen die Reichswehr und deren Ministerium gehört, daß der demokratische Geist in ihr nicht genügend gepflegt werde. In kleinlichster Weise werden allerlei Einzelvorgänge hervorgesucht. So wurde erzählt, daß bei einem Festessen in Zivilkoje zur Feier von Kaisers Geburtstag die Soldaten zwei Gänge wie an Sonntagen erhalten hätten. Woraus bestand nun die Mahlzeit am 27. Januar in Wirklichkeit? Aus 60 Gramm gekochtem Schinken und 40 Gramm Dauerfleisch. D. h. es gab am 27. Januar dasselbe wie an allen anderen Wochentagen.

Die Auflösung der Einwohnerwehren. Die Pariser Beschlüsse waren bekanntlich doppelter Natur, während die Wiedergutmachungsforderungen als Vorschläge bezeichnet wurden, ist das Verlangen auf Auflösung der Einwohnerwehren als ein Teil des Entwaffnungsprogramms angesehen und als unabänderlicher Beschluß der Alliierten der deutschen Regierung mitgeteilt worden. Wie wir hören, werden die zur Durchführung der Auflösung der Einwohnerwehren und Selbstschutzorganisationen erforderlichen Gesetze im Reichsministerium des Innern bearbeitet. Ihre Vorlage an den Reichstag dürfte Mitte März erfolgen.

Klar wie Brunnenwasser. In der „Deutschen Zeitung" veröffentlicht Max Bemer ein Gedicht, das Kant, Alexander v. Humbold und Friedrich den Großen als Schwurzeugen für die deutschnationale Preußenpolitik bestingt. Er nennt sie: „Drei Preußen, klar wie Brunnenwasser." — Erfreulicherweise hat der Dichter seine Adresse angegeben; er ist in Dresden-Laubegast ansässig. An seinem Wohnhause wird zweifellos später eine Gedenktafel angebracht werden. Aber durch die originelle Wendung „Klar wie Brunnenwasser" hat er sich selbst ein Denkmal gesetzt.

Vergrabene Granaten. Unweit Braunschweig wurde am Freitag in einem Gehölz in der Erde vergraben ein Munitionslager von mehreren Hundert Granaten und Zündern gefunden. Der Fund wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Der angeblich rote Aktionsplan. Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung teilt mit: Die „Deutsche Tageszeitung" bringt unter der Ueberschrift „Ein roter Aktionsplan für Groß-Berlin" Mitteilungen, wonach vom 1. März ab alle Vorbereitungen für die Durchführung einer gewaltsamen Aktion seitens der Kommunistischen Partei in Berlin und Umgebung fertig seien. Demgegenüber wird, wie schon wiederholt betont worden ist, ausdrücklich hervorgehoben, daß zwar linksradikale Pläne für die gewaltsame Einsetzung der Diktatur des Proletariats bestehen, daß aber mit einer Ausführung dieser Pläne in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden kann.

In der Freitag-Verhandlung des sogen. Wasserturmprozesses in Essen wurde die Vornehmung der Angeklagten fortgesetzt. Verteidiger Dr. Levy stellte den Antrag, dem General von Watter vom Wehrkreiskommando Münster und den Major Wulf von der grünen Sicherheitspolizei in Essen als Zeugen zu laden zum Beweis dafür, daß beide auf Seiten der Kapp-Regierung gestanden hätten, daß also im rheinisch-westfälischen Industriebezirk die verfassungsmäßige Regierung mit Waffengewalt angegriffen wurde und die Arbeiter nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht gehabt hätten, die verfassungsmäßige Regierung sogar mit Waffengewalt zu schützen. Ueber den Antrag wird morgen entschieden.

Auslands-Rundschau.

Robert Cecil in Opposition. Lord Robert Cecil gab formell von seiner Absicht Kenntnis, infolge der zunehmenden Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und der Regierung in Zukunft im Unterhause auf den Bänken der Opposition Platz zu nehmen.

Das französische Eisenbahndefizit. In der gestrigen Sitzung der Finanzkommission des Senats ist festgestellt worden, daß infolge des Achtstundentages das Defizit der französischen Eisenbahnen seit 1920 3 100 000 000 Franken beträgt. Im Jahre 1921 wird das Defizit pro Tag auf 8 Millionen Franken beziffert.

Wieder eine neue russische Zeitung in Berlin. Wie die „Dena" erfährt, werden die Führer der russischen Menschewiki, Martow und Abramowitsch, in Berlin eine Zeitung unter dem Namen „Sozialistischeski Westnik" herausgeben.

Die südafrikanischen Selbständigkeitspläne. In Südafrika haben am Dienstag die Wahlen stattgefunden, nur Sonnabend sind jedoch die genauen Resultate nicht zu erwarten. Diesen Wahlen wird von der englischen Presse aus dem Grunde die größte Bedeutung beigemessen, weil ihr Ausfall die Entscheidung bringen wird, ob Südafrika auch für die Zukunft unter britischer Regierung bleibt, oder ob es seine Selbständigkeit erklärt. General Smuts, der soeben von einer Wahlreise zurückgekehrt ist, erklärte bei seiner Heimkehr, das Resultat sei äußerst zweifelhaft; er glaube im günstigsten Falle eine Mehrheit von zehn Mandaten zu erhalten.

Holländische Kanalisierungspläne. Dem Parlament ist eine neue Vorlage zwecks Anlage eines neuen Schiffahrtskanals zum Kohlenrevier in Holländisch-Limburg, zu den anderen holländischen Wasserstraßen und zum Kanal nach Lüttich zugegangen. Die zu bauenden Wasserstraßen sollen für den Transport von Kohlen in 2000 Tonnen-Lasten eingerichtet werden. Der Gesamtkostenaufwand ist auf 64 Mill. Gulden vorgesehen, worin 32 Millionen Gulden auf die Provinz Limburg entfallen sollen.

Provinzial-Nachrichten.

— Nietleben, 12. Februar. (Eine Deutsch-demokratische Wählerversammlung) hatte am Freitag abend eine größere Anzahl hiesiger Einwohner und Einwohnerinnen im Saale des Gasthauses „Zum Stern" zusammengeführt. Die anwesenden Anhänger des Kommunismus hatten offenbar die Absicht gehabt, durch ziemlich zahlreiche Beteiligung den Charakter der Versammlung ein besonders Gepräge zu geben und für ihre Sache in irgend einer mehr oder weniger geräuschvollen Form einzutreten. Die Ausführung dieser Absicht machte der Referent Hauptschriftleiter Jacob-Margella aus Halle dadurch zunichte, daß er das Hauptgewicht seines anderthalbstündigen Vortrages darauf setzte, die praktische Undurchführbarkeit der reinsozialistischen und kommunistischen Ideen nachzuweisen. Kommunismus und Sozialismus seien viel zu hohe Menschheitsideale als daß sie bei der Unvollkommenheit und Ungleichheit der Menschen erfüllt werden könnten. Aber einzelne Arbeiter, auch wenn er sich zum Kommunismus bekenne, wolle in erster Linie für sich und seine Angehörigen seine eigene Intelligenz, seinen Fleiß und seine Erfahrungen ausnützen und nehme erst in zweiter Linie auf seinen Nebenmenschen Rücksicht, dessen Existenzminimum er mit Recht gesichert und dessen Recht auf Arbeit er anerkannt wissen wolle. Mit dem sozialistischen und kommunistischen Idealismus aber könne man keine Staaten bilden und keine Staatsformen festigen. Mit Terror und Gewalt könne man auch niemanden zum Kommunismus bekehren, sondern ihn nur zum furchtzitternden Sklaven machen. Mit Diktatur und Terror begebe sich der Kommunismus auf dasselbe Gebiet wie der zusammengebrochene Obrigkeitsstaat, der ebenfalls durch Bajonette und Maschinengewehre den Staatsgedanken im Volke verankern wollte. Der einzig richtige und gangbare Weg sei der, die Zukunft des Volkes durch den Mehrheitswillen bestimmen zu lassen und die Volksminderheit mit der Staatsautorität dem Mehrheitswillen unterzuordnen. Praktisch werde schon längst im deutsche Volk nach dem demokratischen Prinzip gehandelt. Alle Parteien (Berufsorganisationen, Gewerkschaften, ja selbst die kleinsten Vereine, fassen ihre Beschlüsse nach dem Mehrheitsprinzip, dem sich die Minderheit selbstverständlich beuge. Das ist praktische Demokratie und die Demokratie will nichts anderes, als dem Mehrheitswillen des Volkes absolute Gültigkeit im Staatsleben, in der Volksgemeinschaft sichern. Redner charakterisierte die Rechtsparteien als Feinde des Volksstaates. Die Deutschnationale Volkspartei als Vertreterin der großagrarischen, wie die Deutsche Volkspartei als Vertreterin der großkapitalistischen Interessen, seien geborene Gegner des Mittelstandes. Es sei unverständlich, daß breite Massen des Volkes das noch nicht erkannt haben. Nur die Demokratie, deren Programm die Reichsverfassung sei, sei von keiner Interessengruppe abhängig, sondern wolle dem Individualismus aller Volkskreise in gleichem Sinne durch den Mehrheitswillen der Volksgemeinschaft Geltung verschaffen. Sie habe es nicht nötig, übertriebene Versprechungen zu machen, denn nicht sie, sondern der Mehrheitswille des Volkes, den sie erstrebe, schaffe und sichere die Zukunft. Je breiter der Boden für die Demokratie und je stärker damit die Autorität der Volksregierung sei, desto schneller komme das Volk über die Diktaturgelüste der Minderheiten von rechts und links hinweg und damit auch über die wirtschaftliche Unsicherheit und Not. Jeder klardenkende Preuße könne daher am 20. Februar gar nicht anders als demokratisch wählen. — Nach einer kurzen, aber anregenden Debatte, fand die Versammlung nach 2½stündiger Dauer ihr Ende.

⊖ **Rothenburg a. S.,** 12. Februar. (Deutsch-demokratische Wählerversammlung.) Gestern abend fand im Gasthof zum Schützen eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung der Deutsch-demokratischen Partei statt, welche von Herrn Werkspedient Schröder geleitet wurde. Der Spitzenkandidat des Saalkreises für den Provinziallandtag, Stadtr. Minner aus Halle, sprach über die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zum Provinziallandtag. Sein Vortrag fesselte die Anwesenden offensichtlich und löste des öfteren Beifallskundgebungen aus. Er gab einen Ueberblick über unsere In- und Auslandspolitik während und nach dem Kriege, wies nach, daß unsere jetzige wirtschaftliche Not nur eine Folge der unseligen Helfferichschen Finanzpolitik während des Krieges ist und verteidigte die Demokratische Partei gegen die unberechtigten, gehässigen und verleumderischen Angriffe der Rechtsparteien. Scharf rechnete er mit der Deutschen Volkspartei, als der Partei der inneren Unwahrhaftigkeit ab, die es nicht verstanden habe oder verstehen wolle, das es jetzt notwendigerweise dem sei, das liberale Bürgertum zur Kommunalwahl zu spalten. Eine Partei der Mitte könne die Volkspartei nie sein, da sie mit dieser Mitte nur die bürgerlichen Parteien meine, während die Demokraten auch die Anhänger der Sozialdemokratie mit einbezogen wissen wollen. Den erschienenen Arbeitern legte der Redner ganz besonders warm ans Herz, bei der Wahl sich als freie Männer zu betätigen und den auf sie ausgeübten Terror der USP.- und Kommunistenagenten durch Wahl der bürgerlichen Demokratie zu sprengen. Jetzt seien sie willenlose Sklaven jener radikalen Volksverhetzer, die jeden Arbeiter aus Lohn und Brot bringen, ihn und seine Frau und Kinder der Not preisgeben, wenn sie nicht, selbst gegen ihre innerste Ueberzeugung, sich als Mitglieder einer linksradikalen Partei einschreiben lassen. Lauter Beifall lohnte dem Redner. Nach einigen wahltechnischen Aufklärungen schloß Herr Schröder die eindrucksvolle Versammlung, die auch hier als ein Erfolg der Deutsch-demokratischen Wahlarbeit zu bewerten ist.

Tanna (Thür.) 11. Febr. (Heiratsschwindler.) Durch einen Heiratsschwindler wurde eine hiesige Familie in begreifliche Verlegenheit gebracht. Die Tochter hatte in Leipzig einen jungen Mann kennen gelernt, der mit ihr ein Verhältnis anknüpfte. Seit Juli vorigen Jahres hatte ihn, weil er angeblich elternlos sei, die Familie bei sich aufgenommen. Er gab vor, daß ihm mit seinem 23. Lebensjahre eine Erbschaft von 380 000 Mark und eine große Zahl kostbarer Möbel zufallen werde. Die Sache schien umso glaubhafter, als er eine Urkunde vorzeigte, auf der seine Angaben notariell beglaubigt wurden. Durch diese Urkunde ließen sich auch verschiedene Geschäftsleute verleiten, dem jungen Mann Kredite in nicht unbedeutender Höhe zu gewähren. Vor kurzem gab er vor, nach Braunschweig zu reisen, um eine Anzahl Möbelstücke nach hier zu bringen. Aber weder er selbst noch Möbel wurden wiedergesehen. Von der Familie in Braunschweig eingezogene Erkundigungen ergaben, daß der junge Mann der Sohn einer in dürftigen Verhältnissen lebenden Witwe und die ganze Erbschaftsangelegenheit Schwindel ist. Die Urkunde ist gefälscht. Daß das Mädchen um ihre mühsam verdienten Sparpfennige in erster Linie gebracht wurde, kann man sich denken. Jetzt wird der Heiratsschwindler wegen Urkundenfälschung steckbrieflich verfolgt werden.

Olbersleben, 5. Febr. (Ein wilder Landarbeiterstreik.) Vor etwa vierzehn Tagen ist unter Mitwirkung des Deutschen Landarbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Landarbeiter nach mehrtägigen Verhandlungen ein Lohntarif für die Bördereise abgeschlossen worden, der zu der Erwartung berechtigte, daß er für geraume Zeit sichere Arbeitsverhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben der Bördereise schaffen würde. Die Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Tarifs sind die hiesigen Arbeitnehmer mit Forderungen herangetreten, die weit über die tariflichen Vereinbarungen hinausgehen. So verlangen z. B. die Gespannführer mehr an Jahreslohn 1225 Mark und Kürzung der jährlichen Arbeitszeit um 240 Stunden. Da die Arbeitgeber sich weigerten, die Forderungen ohne weiteres zu bewilligen, traten die Landarbeiter in den Streik, ohne die vorgeschriebene Verhandlung bei der Bezirksarbeitsgemeinschaft abzuwarten.

Sport der „Saale-Zeitung".

Das Hockey-Auswahlspiel der beiden hallischen Damenmannschaften endete nach durchaus gleichwertigem Spiele unentschieden 0:0. Beide Mannschaften lieferten einen ruhigen fairen Kampf, ohne Stockfieber, der sicherlich dazu beigetragen hat, das Interesse für den Stockball zu heben. Hüben wie drüben boten sich verschiedene Torgelegenheiten, die aber die beiderseitigen sicheren Hintermannschaften noch in letzter Minute zunichte machen konnten. Im Anschluß hieran wurde die hallische Mannschaft aufgestellt. Sie lautet: Tor: Frl. Meise (H. H. C.); Verteidiger: Schulze (H. H. C.), Wesenberg (V. f. L. Halle 96); Läufer: Kühel (D. H. C.), Heindorf, Hein (beide V. f. L. Halle 96); Stürmer: Jäger, Schulze (beide V. f. L. Halle 96), Reichardt (H. H. C.), Beaulot (D. H. C.), Weiße (H. H. C.). Diese Mannschaft soll noch einmal vorher ein Uebungsspiel austragen und zwar am Mittwoch, den 23. Februar. Als Gegner ist eine gute Leipziger Damenmannschaft in Aussicht genommen und zwar der A. S. C. oder S. C. C.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Keine Eisenpreisermäßigung.

Düsseldorf, 11. Februar. In der heutigen Hauptversammlung des Stahlbundes wurden unter anderem die Marktlage und die Preisfrage einer eingehenden Erörterung unterzogen. Es wurde hierbei festgestellt, daß die Grundlage sich seit der letzten Preisfestsetzung keinesfalls zu Gunsten einer Preisermäßigung verändert habe, denn unsere Valuta sei zurzeit auf demselben Stande wie im Oktober des vorigen Jahres und die Löhne hätten auch keine Minderung erfahren. Sie seien im Gegenteil inzwischen teilweise gestiegen. Aus diesem Grunde müsse daher unbedingt an den bisherigen Preisen festgehalten werden, und dies um so mehr, als eine ganz bedeutende Erhöhung der Frachten bevorstehe, und auch eine Erhöhung der Kohlenpreise wahrscheinlich eintreten werde. Die bisher verbreiteten Gerüchte über eine Preisermäßigung — und zwar seien teilweise recht phantastische Zahlen genannt worden — entbehrten daher jeder Grundlage. Es sehe ein Preisabbau wünschenswert erscheine, so müsse diesem doch für die vom Eisenwirt-

Es geht um Alles!

Das ist das Stichwort, unter dem die Mitglieder und Freunde der Demokratie

die Bedeutung des 20. Februar

erfassen müssen. Riesenhafte Anstrengungen machen unsere Gegner, um Staat, Provinz und Kreis in ihre Hände zu bekommen. Gelingt ihnen das, dann ist das Schicksal Preußens und unserer engeren Heimat besiegelt.

Helft uns, ihr Freunde! Helft uns, Männer und Frauen Halles, gegen den Ansturm

der Gewalt von links und rechts!

Gebt uns die Geldmittel, um die heute ins Ungeheure gewachsenen Kosten einer uns aufgezwungenen Abwehr wirkungsvoll durchführen zu können

Zeigt durch eure Opferwilligkeit, daß ihr euch die mühsam aufgerichtete Ordnung und das mühsam in Gang gebrachte Wirtschaftsleben nicht wieder zerschlagen lassen wollt!

Gebt für Preußen! Gebt für euer Vaterland!

Die uns zugedachten Spenden werden im Bankhaus Reinhold Stechner am Markt, im Bankhaus L. Schönlicht, Poststraße, in den Geschäftsstellen der „Saale-Zeitung", Neue Promenade 1a und Große Ulrichstraße und in unserer Geschäftsstelle, Leipziger Str. 21, entgegengenommen.

Der Vorstand
der Deutschen demokratischen Partei in Halle.

Pflege die Haut

denn eine frische, gesunde Haut ist nicht nur schön, sie ist auch die Quelle aller Gesundheit und allen Wohlbehagens. Pflege Sie täglich mit

Dr. Jo Mayers

Capta-Cora-Creme

Tube: Mk. 3.50 und Mk. 5.50

Töpfe extra stark parfümiert Mk. 15.–

Hersteller: Dr. Jo Mayer, Wiesbaden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210213019/fragment/page=0002

schaftsbund bewirtschafteten Erzeugnisse jede äußere Berechtigung entzieht abgesprochen werden. Der Eisenwirtschaftsbund werde daher ebenfalls an den jetzigen Preisen festhalten müssen, denn für ihn könne es nur sachliche Gründe für die Preisbemessung geben. Und diese sprächen unbedingt gegen eine Ermäßigung. Im übrigen aber könnten die Eisenverbraucher sich getrost auf das oberste Wirtschaftsgesetz der Preisregelung durch Angebot und Nachfrage verlassen. Sowie eine Verbilligung dennoch möglich werden sollte, werde sie ohne weiteres den Verbrauchern zugute kommen.

Gelsenkirchener Bergwerks-Akt.-Ges.

Infolge Verlegung des Geschäftsjahres der Gesellschaft auf den 30. September legt die Verwaltung jetzt für die neun Monate umfassende Geschäftsperiode — vom 1. Januar bis 30. September — ihren Rechenschaftsbericht vor. Das finanzielle Ergebnis dieses Zeitabschnittes ergibt im Vergleich zu dem vorjährigen vollen Geschäftsjahr 1919 folgendes Bild: Der Rohgewinn erhöhte sich auf 47 463 486 Mark (35 369 197 Mark i. V.). Nach Abschreibungen von 35 Millionen Mark (13 457 769) verbleibt ein schließlich Vortrag aus dem Vorjahr ein Reingewinn von 13 091 974 Mark (23 191 288). Hieraus sollen 9 Prozent Dividende auf 130 Millionen Mark Aktienkapital (11 Prozent auf 188 Millionen Mark) verteilt und 972 081 Mark (28 489) auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die Verwaltung macht in ihrem Rechenschaftsbericht auf die ungeheure Geldentwertung aufmerksam, bei deren Berücksichtigung, namentlich im Hinblick auf die in der Bilanz für die Anlagen erscheinenden reinen Goldwerte, sowohl der Gewinn als auch die Dividende im Vergleich zu den Friedenszahlen als gering zu betrachten seien, während auf der anderen Seite die Zahlen betreffend die Ausgaben auf öffentliche Lasten und für Löhne eine gewaltige Steigerung erfahren hätten. Ueber den Verkauf der Aachener und Luxemburger Anlagen sei im abgelaufenen Jahr Abrechnung erfolgt. Für die der Liquidation in Lothringen anheimgefallenen Werke habe das Reich Vorschüsse gezahlt, die bestimmungsgemäß dem Wiederaufbau und insbesondere der Förderung der Kohlenförderung gewidmet worden seien. Im einzelnen bemerkt die Verwaltung u. a., daß in der Bergwerksabteilung gegen das Vorjahr eine Förderungszunahme von 20 Prozent aufzuweisen sei. Die Preise für Nebenerzeugnisse seien den gesteigerten Selbstkosten angepaßt worden. In der Schalker Abteilung konnten in Gelsenkirchen von sieben Oefen vier betrieben werden. Auf Hütte Vulkan seien von drei Oefen zwei Oefen mit geringen Unterbrechungen im Feuer gewesen. Die Roheisenerzeugung konnte ohne Schwierigkeit abgesetzt werden. Die Nachfrage in Roheisen sei stürmisch gewesen und bleibe größer als die mögliche Erzeugung. Die Röhrenwerke in Düsseldorf arbeiteten zufriedenstellend. Die am 1. Juli 1919 stillgesetzte Hochofenanlage in Hüsten konnte auch im Berichtsjahre nicht in Betrieb genommen werden, weil die erforderlichen Brennstoffmengen nicht zur Verfügung standen. Der Betrieb des Stahlwerkes und der Blechwalzwerke in Hüsten und Bruchhausen sowie des Profileisenwalzwerks in Soest konnte in seitherigem Umfange aufrechterhalten werden.

Nach der Bilanz stehen u. a. zu Buche: Anlagewerte Bergwerksabteilung, Schalker Abteilung und Düsseldorfer Abteilung mit insgesamt 135 816 757 Mark (im Vorjahr Bergwerks- und Hütten-Abteilung und Aachener Hüttenverein einschließlich Düsseldorfer Abteilung 207 248 934 Mark), Beteiligungen bei anderen Gesellschaften mit 43 369 940 Mark (42 582 206 Mark), Wertpapiere mit 128 288 536 Mark (15 215 554 Mark), Bankguthaben mit 118 668 273 Mark (18 935 831 Mark) und sonstige Außenstände mit 458 863 595 Mark (26 266 434 Mark). Unter Verpflichtungen erscheinen Gläubiger mit 651 709 196 Mark (291 466 504 Mark).

Leder und Häute.

Die mitteldeutsche Zentral-Häuteauktion, die am Freitag in Leipzig eröffnet wurde, verlief ruhig. Bei nicht allzustarkem Besuch erfolgten die Zuschläge vielfach zögernd. Geringere Sorten waren vernachlässigt. Im allgemeinen erhöhten die Preise bis zu 20 Proz. und auch darüber Abschläge. Es notierten: Rinderhäute ohne Kopf, leichte Ware, 9 bis 16 Mk., mittlere Ware 7,35 bis 12,10 Mk., schwere Ware 6,50 bis 10,25 Mk.; Rinderhäute mit Kopf, leichte Ware 7,80 bis 13,00 Mk., mittlere Ware 6,70 bis 10,65 Mk., schwere Ware 6,70 bis 9,55 Mk.; Kalbfelle ohne Kopf 11,00 bis 16,85 Mk., mit Kopf 10,50 bis 14,90 Mk.; Schaffelle, gesalzen 4,10 bis 5,65 Mk., trockene 3,80 Mk.; Lammfelle, gesalzen 2,90 Mk., trockene 3,20 Mk.

Annaburger Steingutfabrik Akt.-Ges. in Annaburg und Kolmar. Die Gesellschaft steht mit einer nahegelegenen anderen Steingutfabrik werben deren Erwerbs in Verhandlungen. Voraussichtlich wird für nächste Woche eine Aufsichtsratssitzung in dieser Angelegenheit stattfinden. Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Angliederung würde auch eine Erhöhung des Aktienkapitals um etwa ein Drittel der gegenwärtigen Höhe von 1,75 Mill. Mk. erfolgen.

Nordbeutscher Lloyd in Bremen. Nachdem diese Gesellschaft bisher von der Vorlage ihrer Jahresberichte während des Krieges befreit gewesen, beruft sie auf den 5. März eine ordentliche Generalversammlung ein, der die Geschäftsberichte für die Jahre 1914 bis 1920 vorgelegt werden sollen. Gleichzeitig soll dabei über die Erhöhung des Aktienkapitals der Gesellschaft um 125 Millionen auf 250 Millionen Mark beschlossen werden. Der Lloyd hatte bisher als einzige große deutsche Schiffahrtsgesellschaft von einer Erhöhung seines Aktienkapitals Abstand genommen und begnügte sich seit dem Jahre 1906 mit einem Kapital von 125 Millionen Mark. Der bis Werk zu setzende Wiederaufbau seiner Flotte begründet die Vermehrung der flüssigen Mittel des Unternehmens. Ueber die Möglichkeit einer etwa vorzunehmenden Dividendenzahlung wird nichts bemerkt; darüber werden erst die vorzulegenden Abschlußziffern Aufschluß geben. Die vor dem Krieg gezahlten letzten Dividenden betrugen 5, 7 und 8 Prozent.

Radebeuler Guß- und Emaillierwerke, vorm. Gebr. Seiler in Radebeul. Die Generalversammlung setzte die Dividende mit 16 Prozent fest und genehmigte die Kapitalserhöhung um 500 000 Mark 10proz. Vorzugsaktien mit achtfachem Stimmrecht und 2,5 Millionen Mark Stammaktien, die ab 1. Oktober dividendenberechtigt sind und von denen den Aktionären 750000 Mark im Verhältnis von 1 zu 2 zu 122 Prozent angeboten werden, während 1,5 Millionen Mark zur Verfügung der Verwaltung für den Fall bleiben, daß sie wegen Umgliederung eines verwandten Unternehmens schwebenden Verhandlungen zum erhofften Abschluß gebracht werden können. Die Vorzugsaktien werden dem Bankhause Gebr. Arnhold, Dresden-Berlin, übergeben. In den Aufsichtsrat neu gewählt wurde Dir. Haelbig (Elbewerke, Haelbig Akt.-Ges.).

A. F. Riemann, Mechanische Webereien A.-G. in Nordhausen. Die am 26. d. M. stattfindende Generalversammlung soll auch über Erhöhung des Grundkapitals um 500 000 auf 2 000 000 Mark Beschluß fassen. Die neuen Aktien sollen den Aktionären zum Bezuge angeboten werden derart, daß zusammen auf 3 alte Aktien eine neue entfällt.

Stinnes in Schweden. Wie aus Malmö gemeldet wird, wird die A.-G. Oresjund-Werft in Landskrona Vorzugsaktien im Betrage von 3,8 Mill. Kr. ausgeben. Die Hälfte dieses Betrages soll von alten Aktionären gezeichnet werden, während der Rest von Hugo Stinnes übernommen werden soll.

Leipziger Effektenkurse.

Leipzig, den 12. Februar 1920.

Chemnitzer Bankverein	201,00	Mansfelder Kuxe	4600,00
Leipziger Hypoth. Bank	189,50	Geisnitzer Kuxe	640,00
Mitteld. Privatbank	205,00	Pfeifer, Leipzig	441,00
Crölwitzer Papierfabk.	395,00	Prehlitzer Stamm-Akt.	—
Glauziger Zuckerfabk.	1070,00	„ Priorit.-Akt.	2000,00
Gr. Leipziger Straßenbahn	600	Riebeckbier	210,00
		„ Vorzugs-Akt.	114,00
Hallesche Zuckerraff.	402,00	Rositzer Zuckerraff.	357,00
„ Zementfabk.	170,00	Rudelsburger Zementfabk.	—
Hugo Schneider, Paunsd.	357,00	Sachsenwerk	330,00
Körbisd. Zuckerfabk.	760,00	Sondermann u. Stier	211,00
Leipziger Kammgarnspinnerei	456,00	Stöhr u. Co.	464,00
Leipziger Malzfabrik	210,00	Zimmermann, Halle	230,50
		Zimmermann, Chemnitz	271,00

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

England dementiert die Aeußerungen Geddes.

DA. London, 12. Februar. (Eig. Drahtnachricht.) Im Auftrage der englischen Regierung begab sich der während der Abwesenheit Sir Aualand Geddes die Geschäfte der Botschaft führende Botschaftsrat Leslie Craigie zum Staatssekretär Colby und stellte die in den Blättern wiedergegebenen Aeußerungen über die englisch-amerikanischen Beziehungen amtlich in Abrede. Gleichzeitig gab das Londoner Auswärtige Amt folgende Verlautbarungen an die Presse: Die in der englischen Presse aus amerikanischen Zeitungen übernommene Aeußerung über die englisch-amerikanischen Beziehungen wurde ohne die Autorität und ohne Wissen des Auswärtigen Amtes getan und gibt in keiner Weise die Ansichten des Auswärtigen Amtes über den gegenwärtigen oder den zukünftigen Stand der Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder. Im Gegenteil, das Auswärtige Amt hegt das Vertrauen, daß jede zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten auftauchende Frage ohne Schwierigkeit geregelt werden kann und wird, und zwar mit der gegenwärtigen Regierung so gut, wie mit der ihr nachfolgenden.

Landesökonomiekollegium und Hauptlandwirtschaftskammer.

Berlin, 12. Februar. (Eig. Drahtnachricht.) Vom preußischen Landwirtschaftsministerium wird der „Dena" mitgeteilt, daß Landwirtschaftsminister Braun den Zeitpunkt für die Auflösung des Landesökonomiekollegiums auf den 15. Februar festgesetzt hat.

Von zuständiger Stelle wird der „Dena" mitgeteilt: Zu einem durch die T. U. verbreiteten Protest des Reichslandbundes gegen die Auflösung des Landesökonomiekollegiums, in dem auch die Forderung nach einer Hauptlandwirtschaftskammer erhoben wird, ist, ohne auf den übrigen Inhalt des Protestes einzugehen, zu bemerken, daß der Verband der Landwirtschaftskammern bereits alle die Funktionen ausübt, die einer Hauptlandwirtschaftskammer zufallen könnten. Die Forderung nach dieser ist somit ebenso wie das Verlangen nach Wiedereinsetzung des Landesökonomiekollegiums völlig grundlos.

England vor einem Eisenbahnerstreik.

DA. London, 12. Februar. (Eig. Drahtnachricht.) Wie die „Preß Association" meldet, hat der vereinigte Verband der Lokomotivführer und Heizer des Vereinigten Königreiches an alle seine Mitglieder die Weisung ergehen lassen, am 15. Februar die Arbeit einzustellen, vorausgesetzt, daß dieser Streikbefehl nicht vom Vollzugsausschuß des Verbandes widerrufen wird. Nach Mitteilungen Bromleys, des Sekretärs des genannten Verbandes, soll mit dieser Streikdrohung die Regierung gezwungen werden, die bisher noch ausstehende Untersuchung über die Erschießung zweier Eisenbahner in Mallow (Irland), die am 31. Januar durch Streitkräfte der Krone erfolgte, unverzüglich zu eröffnen.

Die rote Flotte beschießt Kronstadt.

Kopenhagen, 12. Februar. (Eig. Drahtnachricht.) Eine Mitteilung der „Nationaltidende" aus Helsingfors besagt, daß die rote Flotte seit einigen Tagen Kronstadt beschieße. Die Stadt soll seit drei Tagen in Flammen stehen.

Ablehnung der Abrüstung in Japan.

DA. Tokio, 12. Februar. (Eig. Drahtnachricht.) Die Oppositionspartei hat im Parlament einen Antrag eingebracht, in dem gefordert wird, daß Japan im Einvernehmen mit England und Amerika seine maritimen Rüstungen einschränke. Desgleichen verlangt der Antrag der Opposition die Herabsetzung der japanischen Heeresstärke entsprechend den Vorschriften des Völkerbundspaktes.

WTB. Paris, 12. Februar. Nach einer Meldung des „New York Herald" aus Tokio lehnte die Kammer mit 258 gegen 58 Stimmen den Gesetzentwurf, der die Herabsetzung der Rüstungen verlangte, ab.

Gewinn-Auszug

der

17. Preuß.-Südd. (243. Preuß.) Klassen-Lotterie

2. Klasse — 2. Ziehungstag — 11. Februar 1921

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 336 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 30000 M 109955
2 Gewinne zu 5000 M 181158
2 Gewinne zu 3000 M 173571
2 Gewinne zu 1000 M 93557 223468
4 Gewinne zu 500 M 140892
12 Gewinne zu 400 M 68124 138530 137372 140178 166103 164856
30 Gewinne zu 300 M 993 19413 26465 53354 62735 77662 101879 109928 120367 150831 175863 176170 201191 205214 213698

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 336 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 100000 M 106476
2 Gewinne zu 50000 M 77128
2 Gewinne zu 5000 M 146077
2 Gewinne zu 3000 M 139215
4 Gewinne zu 1000 M 44157 221339
8 Gewinne zu 500 M 43656 49344 137640 212410
10 Gewinne zu 400 M 109213 114876 128889 152173 188541
20 Gewinne zu 300 M 169 22840 48115 83694 74553 91493 112569 119217 166543 194002

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210213019/fragment/page=0003

Kunst und Wissenschaft.

Die Uraufführung des neuen Dramas von Hermann Kesser „Die Brüder" findet unter der Leitung des Intendanten Dr. Carl Hagemann am 25. Februar im Wiesbadener Staatstheater statt.

Pazifistischer Studentenbund an der Universität Leipzig. An der Leipziger Universität wurde ein pazifistischer Studentenbund gegründet. Er bezweckt die Zusammenfassung aller Studierenden, welche, ausgehend von der Heiligkeit des Menschenlebens und der Majestät des Rechts, Krieg und Gewalt als Leben und Kultur vernichtend bekämpfen und für internationale Verständigung und Zusammenarbeit sowie für Versöhnung der Volksklassen eintreten. Parteipolitik wird entschieden abgelehnt. N.

Hochschulnachrichten.

Das an der Universität **Erlangen** erledigte Ordinariat der Botanik ist dem a. Professor Dr. Ludwig Jost in Heidelberg angeboten worden. Prof. Jost, der erst kürzlich zugleich einen Ruf nach Marburg als Nachfolger Arthur Meyers erhalten hat, lehrte früher lange Jahre in Strasburg als Privatdozent bezw. a. o. Professor. — Der **Bonner** Historiker Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. phil. et theol. Friedrich **von Bezold**, der Verfasser der Geschichte der Universität, ist von der dortigen philosophischen und der juristischen Fakultät gemeinsam zum Ehrendoktor der Staatswissenschaften ernannt worden. — Der Ordinarius der Mathematik an der Universität **Jena** Dr. Paul **Koebe** hat einen Ruf nach **Erlangen** erhalten. — Der ord. Honorarprofessor für gerichtliche Medizin, Kinderheilkunde und Impftechnik an der Bonner Universität, Geh. Med.-Rat Dr. Emil **Ungar** tritt zum 1. April d. J. in den Ruhestand. — Der bisherige Privatdozent an der Universität Bonn und nunmehrige Oberarzt der chirurgischen Abteilung des Krankenhauses München-Nymphenburg Dr. med. Walter **Capelle** ist als Privatdozent für Chirurgie an der Universität **München** zugelassen worden. Dr. Capelle war Schüler und Assistent Geheimrat Garrés in Breslau und Bonn. An der rheinischen Hochschule wurde er zum Oberarzt ernannt und erhielt 1916 das Prädikat Professor.

Vermischtes.

Zwei Damen im Eisenbahnzuge ermordet.

Marienwerder, 12. Februar. (Drahtnachricht.) Wie die „Weichselzeitung" meldet, wurden gestern abend zwischen Marienwerder und Marienburg in der 2. Klasse eines Personenzuges zwei Damen erschossen aufgefunden. Die beiden Ermordeten sind eine Frau Weiß mit ihrer Tochter. Es liegt Raubmord vor.

Der Kohlenreichtum des Ruhrtals zeigt sich bei einer Wanderung durch das Muttental, über Berghausen nach Bommern. An mindestens zehn Stellen werden die zu Tage ausstreichenden Kohlen mit dem Schürfeisen bloßgelegt und abgebaut. An den Hauptwegestrecken werden die Kohlen aufgeschichtet und an Liebhaber verkauft. Ein Mitarbeiter des „Wittener Tgbl." sah in der Nähe einer Wirtschaft ein Flöz von fast zwei Meter Stärke, das eine ziemlich gute Fettkohle abgibt, die von einem Kötter in Geld umgesetzt wird. Früher hielt man die Ausnützung der Tagesflöze nicht mehr für lohnend genug; heute bringt die Arbeit noch etwas ein.

Plastische Filme? Nach dem Londoner „Daily Expreß" wurde von einem englischen, zurzeit in Amerika weilenden Ingenieur eine Erfindung gemacht, die bestimmt ist, die kinematographische Technik von Grund aus umzugestalten. Der Erfinder namens Spoor hat einen neuen kinematographischen Apparat konstruiert, der Bilder in körperlicher Plastik auf die Leinwand projiziert. Die erscheinenden Personen zeigen sich hier in natürlicher Gestalt und bewegen sich genau so, wie sie es auf der wirklichen Bühne tun. — Man hat schon vor einiger Zeit von einer gleichartigen Erfindung gehört; mit der praktischen Verwirklichung scheint es aber noch zu hapern.

Das Deminutivum. Frau de Jong (zu dem neuen Dienstmädchen): „Wie heißen Sie?" — Dienstmädchen: „Ich heiße Marie." — Frau de Jong: „Ich auch. Das wird sehr lästig für meinen Mann sein." — Dienstmädchen (bescheiden): „O, der könnte mich der gnädige Herr ja Marietje nennen."

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob Margella; für den wollswirtschaftlichen und den örtlichen Teil sowie für Provinzialnachrichten: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; Vermischtes, Gericht usw.: Dr. K. Baer; für Sport: Curt Graf; für den Anzeigenteil: F. Geerlings. Verlag: Saale-Zeitung G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Commerz- und Privat-Bank, Aktiengesellschaft.
Aktienkapital und Reserven Mk. 250 000 000.
Filiale Poststr. 12. Fernspr. 1382, 1383, 1692.
Depositenkasse Reilstrasse 133, Fernspr. 6189.
Depositenkasse Wörmlitzerstr. 1. Fernspr. 6676.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

BANKHAUS
Fritz Emil Schüler
DÜSSELDORF
Kaiserstr. 44, am Hofgarten
Fernsprech-Anschlüsse:
Nr. 4372, 2625, 8664, 8665, 9979, 5403 für Stadtgespräche. Nr. 735:, 7353, 7354, 16295, 16384, 16385, 16386, 16452, 16453 für Ferngespräche.
Telegr.-Adresse: Effektenschüler.

Kohlen-, Kali-, Erzkuxe Unnotierte Aktien und Obligationen Ausländ. Zahlungsmittel Akkreditive Scheckverkehr.
Ausführliche Kursberichte.
Mitglied der Düsseldorfer, Essener u. Kölner Börse.
Ausführung von Wertpapieraufträgen an allen deutschen und ausländischen Börsen sowie sämtlicher bankgeschäftlicher Transaktionen.

Dr. Ziegelroth's Sanatorium
KRUMMHÜBEL.
Winterkuren.

Gebr. Bethmann
Werkstätten für Wohnungskunst
Halle a. Sa.
Gr. Steinstr. 79/80

Kaufgesuche
Maulwürfe
schwarz und weißgelbige, kauft tausend jeden Posten, sowie alle anderen Wildwaren
Leipzig, Telephon 16749 Willy Störl,
Katharinenstr. 14. Telegr.-Adr.: Molesto.

Offene Stellen
Leistungsfähiges Haus der Metallwarenbranche (Möbelbeschl., Scharn., Schlösser usw.) sucht bei Möbelfabr. u. Tischlereien usw. bestens eingeführten, rührigen
Vertreter
für Platz u. Bezirk. Angebote unter F. 3749 an die Exp. d. Ztg.

Permalton-Nährextrakt,
ein naturreiner, aus besten Vegetabilien hergestellter Extrakt von höchstem Nährwert für „Kranke und Gesunde" in jedem Lebensalter.
Malz- und Nährextrakt-Werke, Aktiengesellschaft, Braunschweig.
Alleiniger Grossvertrieb für die Bezirke Merseburg und Erfurt: C. M. Lille, Halle a. d. Saale, Fernsprecher 6029, Lindenstraße 13.

Patentanwaltsbüro Sack,
Leipzig, Brühl 2.

Ein schöner Fuß wirkt hässlich
wenn die Schuhe nicht fein geputzt sind —
Schuhkrem Pilo-Extra
(mit Terpentinöl hergestellt) gibt sofort eleganten Hochglanz

Die General-Agentur Halle a. Saale mit großem Bezirk
großer Versicherungsgesellschaft (Leben, Unfall, Haftpflicht, Feuer, Transport) soll an tüchtigen Fachmann, der einen umfangreichen Organisationsapparat einrichten und leiten kann,
vergeben werden.
Die Anstellungsbedingungen sind sehr günstig, Bureauverwaltung zu Lasten der Gesellschaft.
Diskretion zugesichert.
Angebote zu richten an Rudolf Mosse, Leipzig, unter L. H. 5431.

Lehrling
mit nur guter Schulbildung für Drogen- und Farbenfachgeschäft p. 1. April 1921 gesucht.
Drogerie Max Rädler, Rannische Straße 2.

Tüchtiges, gut empfohlenes
Hausmädchen
für Privathaushalt, möglichst sofort bei gutem Lohn gesucht. Kochkenntnisse nicht nötig. Zu melden
Frau Sanitätsrat Dr. Thies, Leipzig, A berstr. 26, III.

Zuverl. Köchin oder Stubenmädchen
für den 15. Februar oder 1. März bei gutem Lohn für herrschaftlichen Haushalt gesucht.
Frau D. Lucas, Leipzig-Pl., Karl-Heine-Str. 27, I.

Unterricht
Technikum Altenburg Sa. A.
Ingenieur-u. Techniker-Abteilungen. Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobilbau, Oelkraft, Material- u. Maschinenprüfungslaboratorium. Programm frei!

Mietsgesuche
Statt Zwang!
Herr sucht 1 oder 2 sehr gut
möbl. Zimmer
möglichst mit guter Verpflegung zu gutem Hause.
Offerten unter 101 an Hüller Saalezeitung.

Heiratsgesuche
Heirat! Vermög. Damen w. glückl. Heirat Herren, a. ohne Vermögen, gibt Ausk. Frau Publmann, Berlin 53, Weissenburger Strasse 43.

Verschiedenes
Käse
Ia. reine, goldgelbe Ware, hat noch abzugeben
Käserei Berga (Elster).

Regelmässiger 10 tägiger Dampferverkehr zwischen
Emden-Goole-Hull
in Durchfracht nach den hauptsächlichsten Plätzen Englands und zurück. — Ununterbrochene Güterannahme findet lagergeldfrei statt an unsere Adresse
Emden-Aussenhafen.
Billigste Frachten notiert und weitere Auskunft erteilt
Schiffahrts-Handels-Gesellschaft Otto Santjer G. m. b. H.
Telegramme: Otto Santjer Telefon 814 u. 815
Vertreter in Duisburg-Ruhrort
Schiffahrts- u. Handels-Gesellschaft Baller & Kluth G. m. b. H.
Telegramme: Ballerkluth Telefon: Nord 6770

Amtliche Bekanntmachungen.

In das hiesige Handelsregister Abt. B Nr. 188 ist heute bei der **Gemeinnützigen Baugesellschaft** Aktiengesellschaft in Halle eingetragen: An Stelle des ausgeschiedenen vorstandsmitgliedes **Wilhelm Hummel** ist der Bankdirektor **Ernst Bock** in den Vorstand gewählt.

Halle, den 9. Febr. 1921.
Das Amtsgericht, Abt. 19.

In das hiesige Handelsregister Abt. B Nr. 325 ist heute bei der **Maschinen-Industrie für Landwirtschaft Georg Gaßenheimer** Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Halle eingetragen: Durch Gesellschafterbeschluß vom 11. Januar 1921 ist § 2 des Gesellschaftsvertrages dahin geändert: Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation und der Handel mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten jeder Art und die Ausbesserung solcher Maschinen und Geräte.

Halle, den 5. Febr. 1921.
Das Amtsgericht, Abt. 19.

In das hiesige Genossenschaftsregister Nr. 146 ist heute eingetragen: **Verlagsgenossenschaft Volkszeitung**, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Halle. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Tageszeitungen, Zeitschriften, Büchern und Broschüren zu billigsten Preisen. Die Haftsumme beträgt 40 Mk., die höchste Zahl der Geschäftsanteile 100. Vorstand sind **Gustav Schmidt, Eduard Haring** und **Otto Berbig**, sämtlich in Halle. Das Statut ist am 4. Februar 1921 errichtet. Die Bekanntmachungen erfolgen durch die Volkszeitung Halle und müssen von zwei Vorstandsmitgliedern unterzeichnet werden. Im Falle des Eingehens der Volkszeitung tritt an ihre Stelle bis zur Wahl eines anderen Organs der Reichsanzeiger. Die Willenserklärungen des Vorstandes erfolgen durch zwei Vorstandsmitglieder, die in Gemeinschaft miteinander die Genossenschaft zeichnen und vertreten. Die Zeichnenden fügen der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterschrift hinzu. Die Einsicht der Liste der Genossen ist in den Dienststunden des Gerichts Jedem gestattet.

Halle, den 7. Febr. 1921.
Das Amtsgericht, Abt. 19.

In das Handelsregister A ist heute bei der Firma **„Victor Kirchheisen"** in Bitterfeld eingetragen: Dem Kaufmann **Hugo Bley** und dem Kaufmann **Arthur Priebel**, beide in Bitterfeld, ist derart Gesamtprokura erteilt, daß sie nur gemeinschaftlich zur Vertretung der Firma befugt sind.

Bitterfeld, den 9. Febr. 1921.
Das Amtsgericht.

Möbel-Fabrik
Vereinigter Tischlermeister
Halle a. Saale
Fernsprecher 6642 :: Kleine Steinstraße 6
empfehlen
Herren-, Speise- u. Schlaf-Zimmer Küchen
in großer Auswahl preiswert. V2034

Konkurrenzlose Preise!
Fahrradreifen, prima Gummi, von 48.— bis 125 M.
Fahrradschläuche, prima Gummi, von 16.50 Mk. an.
Alle Ersatzteile für Fahrräder am Lager. Fa. Fahrradhaus und Karbid.
Autoreifen u. Fahrradhaus „Nord-Ost", Berlin, Elsasserstr. 89, am Rosenthaler Tor.

Bei Haarausfall,
spärl. Haarwuchs, Schuppenbildung usw. Sch. unbild. wo bisl. nichts half, ist schreiben. Gebe gerne kostenlos Auskunft, nur Rückmarke erb.
P. Lübbecke, Wadestraße 12. Braunschweig A XVIII

Roll- u. Zug-Jalousien
liefern u. reparieren
Franz Rudolph & Co.
Kreuzenstrasse 16.
Fernspr. 2106.

Asthma
kann geheilt werden.
Sprechstunden in Halle: Magdeburgerstraße 60 II jeden Sonnabend von 10—1 Uhr.
Dr. med. Alberts
Spezialarzt Berlin SW. 11.

Taschentücher
gute Qualitäten, grosse Auswahl.
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstrasse 84.

Liphagol
Zahnsteinlösende Überfettete Zahnpasta
Liphagol enthält natürliches Karlsbader Sprudelsalz, zahnsteinlösend und ist überfettet, daher vollkommen reizlos.
Liphagol wirkt zuverlässig, desinfizierend und erzeugt gesunde, weisse Zähne. Geschmack sehr angenehm.
Hervorragende Gutachten deutscher Universitäts-Kliniken und Ärzte.
Zu beziehen durch Apotheken u. Drogerien.
Fabrikant: Chemisches Laboratorium Co-Li Dresden-A.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210213019/fragment/page=0004